

Linke greift Verwaltung heftig an

PIPELINE Partei fordert
Akteneinsicht nach
Verstreichen der Frist
für eine Klage

Leichlingen. Die Leichlinger „Linke“ kritisiert die Stadtverwaltung wegen der geplanten Erdgas-Pipeline am Hülser Hof heftig dafür, dass sie die Frist für eine mögliche Klage gegen die Trasse hat verstreichen lassen. Klaus Reuschel-Schwitalla, Parteisprecher von „Die Linke“, verlangt in einer Stellungnahme die Offenlegung der Akten und erwägt sogar, Anzeige zu erstatten. Denn die unterirdische Hochdruckleitung berühre sensible Bereiche und Wohngebiete, in denen sich nun Angst breit mache.

„Verwaltung im Winterschlaf“

Angesichts einer Gas-Leitung mit 70 Bar Betriebsdruck wären Bürger seiner Ansicht nach bei einem Bruch des Rohrs in ernster Gefahr, wenn die Leitung nur rund 70 Meter von Wohnhäusern, Spielplatz und Naturschutzgebieten entfernt verlegt werde: „Das ist weder ein Horrorszenario noch Angstmacherei, sondern einfach lebensgefährlich“, klagt Reuschel-Schwitalla. Bürgermeister Ernst Müller und sein Stellvertreter Horst Wende seien offenbar „immer noch im Winterschlaf“.

Es zeige sich zum wiederholten Male, dass die Bauaufsicht ihren Aufgaben nicht nachkomme. Dass der Stadt jetzt erst auffalle, dass die vor neun Jahren vom Rat beschlossenen Änderungswünsche offenbar nicht berücksichtigt worden seien, könne man kaum glauben. Die Bürger hätten ein Recht auf Aufklärung, wie es zu diesem Fauxpas kommen konnte. (hgb)